

WO WIDERSTAND ZUR PFLICHT WIRD

Von Alexander Boulerian

11. Januar 2002

Wie in Zeitlupe spulen sich vor unser aller Augen die Vorbereitungen für einen Angriffskrieg ab, der bereits jetzt die schlimmsten Verbrechen des Kolonialismus in den Schatten stellt. Die „Kriegsparteien“ – wenn man von solchen im klassischen Sinn überhaupt sprechen kann – könnten ungleicher nicht sein. Hier ein verarmtes und wehrloses Land, das von der UNO im Auftrag der USA systematisch entwaffnet wurde und seit 1991 ständigen Bombardierungen und vielfältigen Sanktionen ausgesetzt ist, denen bisher insgesamt fast zwei Millionen Menschen zum Opfer fielen. Dort eine waffenstarrende, mit modernster Technologie und Massenvernichtungswaffen (!) ausgerüstete Supermacht, die ihren tatsächlichen und potentiellen Gegnern mit „maximaler Vergeltung“, sprich totaler Vernichtung droht und längst auch (wieder) den Einsatz von Atomwaffen ins militärische Kalkül gezogen hat. Hier ein – zweifellos diktatorisches – Regime, das mit dem Rücken zur Wand steht und sich im Widerstand gegen einen übermächtigen Gegner der Loyalität einer Bevölkerung sicher weiß, die nach Jahren geraubter Lebensqualität nichts zu verlieren hat als oft nur die nackte Existenz. Dort eine Clique skrupelloser, durch Wahlbetrug an die Macht gelangter Gauner, die großzügig von den einfachen Bürgern ihres Landes nimmt, was sie den (Einfluss-)Reichsten freigiebig in den Rachen wirft – und die den kollabierenden amerikanischen Kapitalismus mit einer beispiellosen Zentralisierung politischer Gewalt in den Händen der Exekutive und massiven Angriffen auf bürgerliche und soziale Rechte der arbeitenden Bevölkerung – nennt man das anderswo nicht Diktatur? Doch Europas herrschende Schichten eifern der „einzigen Weltmacht“ (Brzesinski) ja nach – und eben mit Krieg zu kurieren hofft. Prophezeite doch der amtierende amerikanische Kriegsminister Donald Rumsfeld schon vor – oder war es nach den Wahlen? – : das Programm dieser Partei heiße Krieg. Nun, diese Prophezeiung scheint sich zu erfüllen. Und die Welt ist Zeuge, wie die Rivalen Amerikas, die Regierungen Europas, Russlands und Chinas, unwillig zwar und zähneknirschend, feige und verlogen aber allesamt, sich unter dem Knallen der amerikanischen Peitsche und bei häppchenweise gereichtem Zuckerbrot, erneut unter dem Yankeestiefel ducken und in die Phalanx der Zerstörung einreihen.

Es ist so offenkundig wie die Blöße des nur scheinbar bekleideten märchenhaften Kaisers, dass die Ergebnisse der UN-Waffeninspektionen für die amerikanischen Kriegsplaner „nicht entscheidend“ sind. Spätestens mit der Verabschiedung der kaum erfüllbaren und zugleich dehnbaren UN-Resolution 1441 wurde der Kriegsautomatismus ausgelöst – der „Casus belli“ wird nicht mehr lange auf sich warten lassen. Das Gerede von den angeblichen „Massenvernichtungswaffen“ des Irak war von Anfang an nur ein propagandistischer Vorwand, um die rohstoffreiche Region mit militärischer Gewalt unter US-Kontrolle zu bringen und ein globales, auf Terror gegründetes Imperium zu errichten.

Bei derartigen Perspektiven wird Widerstand zur ersten Bürgerpflicht. In einem Aufruf „Kein Krieg gegen den Irak. Kein Blut für Öl und Macht“ (www.nachrichtenanalysen.de) fordern über 200 Bürger und Prominente aus Kultur, Medien und Wissenschaft die Bundesregierung kategorisch auf, sich an ihr vor den Bundestagswahlen gegebenes Versprechen zu halten und einem neuen Krieg gegen den Irak jede Unterstützung zu verweigern. Nicht nur internationales Recht, auch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verbiete die Beteiligung an einem Angriffskrieg, so die Unterzeichner des Aufrufs, dem sich inzwischen auch zahlreiche Prominente wie **die Schauspielerin Katja Riemann, die Liedermacher Konstantin Wecker und Hannes Wader** angeschlossen haben. Von der

Bundesregierung fordern die Unterzeichner ein eindeutiges und unmissverständliches Votum im UN-Sicherheitsrat gegen den Krieg. Sie solle alle Bundeswehreinheiten aus der Region, einschließlich der in Kuwait stationierten deutschen „Fuchs“-Spürpanzer sowie der deutschen Besatzungen von Awacs-Flugzeugen, sofort abziehen, im Falle eines Krieges alle US-Militärbasen in Deutschland schließen sowie ein Start- und Landeverbot für alle kriegs-alliierten Militärflugzeuge auf deutschen Flughäfen und Überflugverbote für den deutschen Luftraum erteilen. Weiter wird die Bundesregierung aufgefordert, die anhaltenden amerikanisch-britischen Luftangriffe gegen irakische Einrichtungen in den so genannten (eigenmächtig installierten) Flugverbotszonen zu verurteilen und sich für die Aufhebung der Sanktionen gegen das Volk des Irak einzusetzen, unter denen fast ausschließlich die Zivilbevölkerung zu leiden habe.

An die Bevölkerung appellieren die Unterzeichner, sich jeder Form von Kriegstreiberei gegen den Irak und andere souveräne Staaten und Völker zu widersetzen und sich aktiv am Aufbau einer unabhängigen Bewegung gegen imperialistische Kriege und für soziale und bürgerliche Rechte zu beteiligen.

Bei dem Versuch, den Aufruf in überregionalen deutschen Zeitungen zu veröffentlichen, erhielten die Organisatoren eine Lektion in Sachen Informations- und Meinungsfreiheit. *Süddeutsche Zeitung*, *Frankfurter Rundschau*, *Stern* und die ehemals alternative *tageszeitung (taz)* ignorierten den Wunsch nach einer redaktionellen Veröffentlichung oder lehnten kategorisch ab – trotz prominenter Unterzeichner wie Karlheinz Deschner, Gerhard Zwerenz und Heinrich Schirmbeck. Außer *junge welt* und *Freitag* berichtete bislang keine deutsche Zeitung über die Initiative. *Süddeutsche Zeitung*, *Die Zeit* und *Die Welt* lehnten sogar die Veröffentlichung einer bezahlten (!) Anzeige ab, bezeichnenderweise wortidentisch „aus grundsätzlichen Erwägungen“. (Verflucht, wer da von Gleichschaltung redet!) Es versteht sich von selbst, dass keines der genannten Blätter solche Erwägungen bei der Anzeige eines x-beliebigen Rüstungskonzerns anstellt. Die *Frankfurter Rundschau* dagegen, die eine redaktionelle Veröffentlichung wegen „fehlender Differenzierung“ und „Schwarzweiß-Malerei“ abgelehnt hatte, fand an einem Abdruck gegen Geld nichts auszusetzen. Wenn man Pressefreiheit als die Freiheit der Presse interpretieren wollte, Informationen nach Gutdünken zu selektieren, dann hat diese Art von Freiheit in Deutschland wieder einmal triumphiert.